

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Dienstag, dem 03.12.2024, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:06 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 3.0 - Gesellschafterdarlehen	217/2024 6
3.	Gewährung eines Gesellschafterdarlehens zu Gunsten der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH (WLE)	228/2024 8
4.	Bericht zur Haushaltssituation 2024	181/2024 9
5.	Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2025: Erläuterungen zum Stellenplan	178/2024 10
6.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	219/2024 11
7.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und Anlagen	220/2024 14
8.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2023	218/2024 15

- | | | | |
|------------|--|-----------------|-----------|
| 9. | Änderung der Gesellschaftsverträge der WestfalenTarif GmbH und der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH | 200/2024 | 16 |
| 10. | Strukturelle Weiterentwicklung NWL - reduzierte Satzung | 193/2024 | 17 |

II. Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----------|---|-----------------|
| 1. | Aktuelle Entwicklungen im SPNV-Markt und Maßnahmen zur Risikovermeidung | 199/2024 |
|-----------|---|-----------------|

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Brockmann, Dagmar	
Budde, Heinrich	
Gutsche, Guido	
Hugenroth, Bernhard	
Kaup, Winfried	
Kleene-Erke, Andrea	
Koch, Karsten	bis 10:30 Uhr
Kocker, Dennis	von 11:07 bis 11:54 Uhr abwesend
Kreft, Peter	
Kuttig, Joachim	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Ostermann, Norbert	
Schulte, Stephan	
Schulze Westhoff, Stephan	
Termühlen, Hildegard	bis 12:00 Uhr
Thiel, Joachim	
Welscheit, Martin	
stellv. Ausschussmitglieder	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	Vertretung für Herrn Kleibolde
von der Verwaltung	
Arizzi Rusche, Anna, Dr.	
Blanke, Laura	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Bodur, Ilkkan	
Funke, Stefan, Dr.	
Glinka, Nicole	
Kleier, Ulrike	
Meyer, Eva	
Schreier, Petra	
Gäste	
Schwarz, Rainer, Prof. Dr.	Zu TOP 2

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Kleibolde, Bernhard	Vertretung durch Herrn Tentrup-Beckstedde

Anlagen:

- Anlage 1 Präsentation zu TOP 2: Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 3.0 – Gesellschafterdarlehen
- Anlage 2 Präsentation zu TOP 4: Bericht zur Haushaltssituation 2024
- Anlage 3 Präsentation zu TOP 6: Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist
- Anlage 4 Präsentation zu TOP 7: Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und Anlagen
- Anlage 5 Bericht zur Renditeentwicklung im Kapitalstock (zu TOP 6)

Frau Kleene-Erke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 22.11.2024 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage von Frau Kleene-Erke meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 3.0 - Gesellschafterdarlehen	217/2024
-----------	--	-----------------

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Prof. Dr. Schwarz (Geschäftsführung Flughafen Münster/Osnabrück GmbH). Anschließend stellt Herr Prof. Dr. Schwarz anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als digitale Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt ist, die aktuelle Situation und die Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 3.0 vor.

Herr Möllmann führt aus, dass die Infrastruktur wichtig sei und das Finanzierungskonzept eindrucksvoll dargestellt wurde. Er betont, dass die CDU das Konzept mitträgt.

Herr Kocker bestätigt, dass die SPD-Fraktion weiter hinter dem Flughafen steht und das vorgestellte Finanzierungskonzept mitträgt.

Herr Thiel bedankt sich für die erbrachten Leistungen.

Herr Menke bestätigt, dass die Fraktion FWG weiter den Flughafen unterstützen werde. Das Projekt der Zukunft mit dem Ziel des klimaneutralen Fliegens durch die Errichtung der größten PV-Anlage in NRW sei sehr imposant.

Herr Schulte von der Fraktion Die Linke führt aus, dass er wirtschaftlich keine Bedenken habe, aber die Finanzierung über Grundsteuern kritisch sehe. Grundsätzlich habe der Flughafen keinen Überschuss erzielt und die Emissionen seien gestiegen, sodass man nicht von einer CO₂-Neutralität sprechen könne.

Frau Brockmann bestätigt, dass die FDP-Fraktion zu dem Flughafen stehen würde und dieser einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Region darstelle.

Herr Prof. Dr. Schwarz spricht seinen Dank für die Unterstützung der Gesellschafter, insbesondere in der Corona-Zeit, aus. Bei dem dargestellten Finanzierungskonzept 3.0 gehe es um ein Darlehen und keine Eigenkapitalausstattung.

Die Darlehensfinanzierung ist für den Kreis Warendorf mit einer guten Verzinsung verbunden, und es entstehen somit keine Nachteile für die Bürger.

Vor der Beschlussfassung informiert Dr. Funke die Ausschussmitglieder darüber, dass sich ein kleiner Gesellschafter möglicherweise nicht an der Finanzierung beteiligen werde (Anteil 0,46 %). Herr Dr. Funke weist darauf hin, dass dieser Gesellschafter bei dem 2. Beschlussvorschlag nicht als Gesellschafter berücksichtigt werde, der aktuell für die Finanzierung des Finanzierungskonzeptes 3.0 vorgesehen ist.

(Nachtrag: Der besagte Mitgesellschafter hat seine Finanzierungsbeteiligung ebenfalls zugesichert.)

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Kreises Warendorf stimmt folgendem Beschluss zu und ermächtigt und beauftragt die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der FMO GmbH, diesem Beschluss zuzustimmen:

Die Gesellschafterversammlung nimmt das beiliegende Finanzierungskonzept 3.0 zur Kenntnis und beabsichtigt, dem FMO, konkret für die Jahre 2026 bis 2030, Gesellschafterdarlehen in Höhe von je 3,5 Mio. Euro p.a. zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung auf die einzelnen Gesellschafter ergibt sich aus der Anlage. Auf den Kreis Warendorf entfallen 87.337 € p.a.

Die jährlich beabsichtigten Gesellschafterdarlehen sind drei Jahre tilgungsfrei und haben jeweils eine Laufzeit von 15 Jahren. Die Zinshöhe wird nach Einholung einer beihilferechtlich notwendigen Marktindikation kurz vor der jeweiligen Auszahlung festgelegt. Der Zins gilt für die Laufzeit des jeweiligen Darlehens. Das erste auszureichende Darlehen soll zum 15.03. des Jahres 2026 bereitgestellt werden. Die nachfolgenden Darlehen sollen ebenfalls zu den jeweiligen Jahren zum 15.03. bereitgestellt werden. Die einzelnen Gesellschafter schließen dazu entsprechende Darlehensverträge mit dem FMO ab.

Zur Vermeidung insolvenzrechtlicher Risiken wird die Auszahlung des ersten beabsichtigten Gesellschafterdarlehens mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2025 zum 15.03.2026 fällig, soweit die Auszahlung des Darlehens im Wirtschaftsplan 2025 berücksichtigt wurde. Gleiches gilt für die Fälligkeit der beabsichtigten Darlehen in den Jahren 2027 bis 2030.

Es wird klargestellt, dass die rechtliche Verpflichtung zur Leistung der Gesellschafterdarlehen erst mit dem jeweiligen Beschluss der Gesellschafterversammlung des FMO zur Verabschiedung des jeweiligen Wirtschaftsplans nach vorab genannter Logik entsteht, soweit die Auszahlung des jeweiligen Darlehens in dem jeweiligen Wirtschaftsplan berücksichtigt wurde.

Etwasigen redaktionellen Anpassungen wird ebenfalls zugestimmt.

2. Mit dem o. g. ersten Beschluss genehmigt der Kreistag die Ausgabe eines Gesellschafterdarlehens (1. Rate) des Finanzierungskonzeptes 3.0 für 2026 in Höhe von 87.337 € (s. Anlage). Die Vertreter des Kreises Warendorf in dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zum Wirtschaftsplan 2025 zu fassen. Die Beschlüsse stehen unter der Bedingung, dass sich alle Gesellschafter, die aktuell für die Finanzierung des Finanzierungskonzeptes 3.0 vorgesehen sind, daran beteiligen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 15 (8x CDU, 4x SPD, 1x FDP, 1x FWG, 1x AfD)

Nein 4 (3x Grüne, 1x Linke)

3.	Gewährung eines Gesellschafterdarlehens zu Gunsten der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH (WLE)	228/2024
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke erläutert die Notwendigkeit sowie die Konditionen des Gesellschafterdarlehens an die WLE.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Ausgabe eines Gesellschafterdarlehens i. H. v. 2.073.000 € an die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH (WLE). Hierzu wird ein Darlehensvertrag mit der WLE geschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 18
Nein 0
Enthaltung 1 (AfD)

4. Bericht zur Haushaltssituation 2024**181/2024**

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als digitale Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 2** der Niederschrift beigelegt ist, über die Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 01.10.2024 und stellt die wesentlichen prognostizierten Veränderungen sowie aktuelle Entwicklungen dar.

Die Verwaltung rechnet aktuell mit einem prognostizierten Jahresfehlbetrag i. H. v. rd. 13 Mio. € ohne Berücksichtigung der Zahlungen aus dem Belastungsausgleich Jugendhilfe (Jahresfehlbetrag inkl. Belastungsausgleich: rd. 6,91 Mio. € Defizit). Dies führt zu einer Verschlechterung i. H. v. 1,035 Mio. € im Vergleich zum geplanten Jahresfehlbetrag i. H. v. 11,96 Mio. €. Aufgrund dieser Entwicklung wurden Sparmaßnahmen der Ämter zur Gegensteuerung eingefordert und es wurde eine Überprüfung der Rückstellungen vorgenommen. Die nicht kompensierbaren Verschlechterungen werden durch zusätzliche Ausgleichsrücklage gedeckt. Die größten Änderungen zum Ansatz werden im Bereich des Sozialamtes, Jugendamtes und Jobcenters verzeichnet, auf die Herr Dr. Funke näher eingeht.

Im Bereich des Sozialamtes werden 2,8 Mio. € Verschlechterungen prognostiziert. Einen großen Teil hiervon machen die Produkte Pflege und Hilfe zum Lebensunterhalt aus. Die Etatbelastung der Pflege hat sich gegenüber dem Finanzstatusbericht zum 01.07.2024 um rd. 1,8 Mio. € verschlechtert. Grund hierfür sind die stark angestiegenen Zahlen für die ambulante Pflege und die Wohngemeinschaften. Im Jahresabschluss 2024 können Rückstellungen i. H. v. rd. 1,4 Mio. € aus dem Bereich des Sozialamtes ertragswirksam aufgelöst werden.

Das Jugendamt schließt mit einer Etatbelastung von rd. 272 T€ für das Jahr 2024 ab. Berücksichtigt sind hier bereits die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. 1.062 T€, die den Produkten zugeordnet wurden.

Die Verschlechterung des Jobcenters gegenüber dem Planansatz 2024 ist insbesondere dadurch bedingt, dass 200 Bedarfsgemeinschaften mehr als geplant prognostiziert werden. Herr Dr. Funke zeigt auf, dass die Etatbelastungen im Bereich des Jobcenters zusätzlich durch den Anstieg der Kosten der Unterkunft (KdU) pro Monat und Bedarfsgemeinschaft von 445 € auf 455 € resultieren.

Zudem wird mit steigenden Kosten im Bereich der Bildung und Teilhabe gerechnet. Saldiert mit der Bundesbeteiligung KdU wird eine Etatbelastung von rd. 1,994 Mio. € in diesem Bereich erwartet.

Im Bereich der Gebührenhaushalte werden erhöhte Erträge bei den Baugenehmigungen (+450 T€) und im Immissionsschutz (Windenergieanlagen) (+700 T€) erwartet. Auch in der Wohnbauförderung ist mit einem erhöhten Aufkommen an Bewilligungen zu rechnen, sodass auch hier in Folge ca. 140 T€ Mehrerträge erwirtschaftet werden können.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

5.	Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2025: Erläuterungen zum Stellenplan	178/2024
-----------	--	-----------------

Frau Schreier berichtet ausführlich zu der Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung.

Im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2025 wurde eine Ausweitung der regulären Planstellen um 9,5 Stellen auf insgesamt 1.134,5 Planstellen unumgänglich. Im Gegenzug werden 2 Stellen eingespart, sodass eine Ausweitung von 7 Planstellen netto erfolgt.

Frau Schreier stellt dar, dass zum 01.01.2025 die Altersteilzeit abgeschafft werde, wodurch Einsparungen im 6-stelligen Bereich (rd. 212 T€) generiert werden können.

Herr Möllmann bedankte sich für die ausführliche Begleitvorlage und begrüßt es, dass der Stellenplan nicht weiter ansteigt. Wünschenswert wäre ein noch restriktiverer Umgang in diesem Bereich. Herr Möllmann merkt positiv an, dass eine Digital-Rendite aufgrund der Stelleneinsparung i. H. v. 1,5 Stellen im Jobcenter erzielt wurde.

Herr Schulte regte an, dass man eine interne Abfrage stellen sollte, wie hoch der Bedarf an Altersteilzeit wäre. Frau Schreier führt aus, dass eine Abfrage bei den Mitarbeitenden erfolgt sei und 11 Personen gerne Altersteilzeit beantragen würden.

Frau Brockmann erkundigt sich, warum weniger Vollzeitkräfte eingestellt werden bzw. im Kreishaus arbeiten und sieht diese Entwicklung als problematisch an. Frau Schreier berichtet, dass der Kreis Warendorf 40 verschiedene Arbeitszeitmodelle hat und somit u. a. den Wiedereinstieg in den Beruf ermöglichen möchte. Der Kreis Warendorf sei auf das hochqualifizierte Personal in einer Teilzeitbeschäftigung angewiesen. Frau Schreier betont jedoch, dass es eine 4-Tage-Woche im Kreis Warendorf nicht umgesetzt werde.

Frau Schreier erläutert ferner, dass im Laufe des Jahres 2025 eine Ausweitung des Stellenplans aufgrund der Vorlage des Rettungsdienstbedarfsplans möglich werden könnte.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

6.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	219/2024
-----------	---	-----------------

Zunächst stellt Herr Dr. Funke anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als digitale Tischvorlage und als **Anlage 3** der Niederschrift beigelegt ist, die wesentlichen Änderungen seit der Etateinbringung am 11.10.2024 dar.

Anschließend ruft Frau Kleene-Erke die Teile des Haushaltsplanes 2025 mit Anlagen zur Beratung auf, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen. In diesem Zusammenhang wurden folgende Anträge und Anfragen beraten:

Antrag der Fraktion FWG vom 11.11.2024

Die Fraktion FWG stellt folgenden Antrag:

1. Zur Zuführung zum Finanzstock i. H. v. 2,0 Mio. € im Jahr 2025 bei ausreichender Liquidität
2. In den Folgejahren erfolgt die Zuführung zum Kapitalstock abhängig von der Liquidität oder alternativ durch Investition in zeitnah verfügbare Geldmarktprodukte

Der Antrag wurde durch die FWG geändert:

„Für die Zuführung zum Finanzstock wird die verfügbare Liquidität im Blick behalten. Nach Möglichkeit wird ein Teilbetrag zunächst - wie schon im Haushaltsjahr 2024 - kurzfristig mit etatentlastenden Zinserträgen angelegt.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 14 (8x CDU, 3x SPD, 1x FWG, 1x FDP, 1x AfD)

Nein 4 (3x Die Grünen, 1x Die Fraktion)

Herr Thiel bittet die Verwaltung um einen Bericht zur Renditenentwicklung im Kapitalstock. Der Bericht ist der Niederschrift als **Anlage 5** beigelegt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2024

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

Antrag auf Reduzierung der Baukosten beim Bevölkerungsschutzzentrum
(um 10% = 1,4 Mio. €)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 (3x Grüne)

Nein 15 (8x CDU, 3x SPD, 1x FWG, 1x FDP, 1x AfD, 1x Die Fraktion)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2024

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

Antrag der Aidshilfe Ahlen e. V. auf Ausgleich der tariflichen Erhöhung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Erhöhung des Kreiszuschusses um 25% ohne Dynamisierung ab 2025:

Ja 6 (3x Grünen, 2x SPD, 1x Die Fraktion)

Nein 11 (8x CDU, 1x FWG, 1x FDP, 1x AfD)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Erhöhung des Kreiszuschusses um 15% ohne Dynamisierung ab 2025:

Ja 10 (8x CDU, 1xFWG, 1x FDP)

Nein 7 (3x Grünen, 2x SPD, 1x Die Fraktion, 1x AfD)

Der Zuschuss zum Ausgleich der Tarifierhöhung wird ab 2025 um 15% ohne Dynamisierung angehoben (4.950 €).

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2024

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

Antrag auf Erhöhung des Kreiszuschusses für die Aidshilfe Ahlen e. V.
(um die gekürzten Landesmittel auszugleichen)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 6 (3x Grünen, 1x Die Fraktion, 2x SPD)

Nein 11 (8x CDU, 1x FWG, 1x FDP, 1x AfD)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2024

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

Der Kreis Warendorf erhöht beim Bau von Bürgerradwegen seinen Anteil der Bezuschussung:

- a. an Landes- und Bundesstraßen von 7,50 € auf 10,00 € pro laufendem Meter
- b. an Kreisstraßen von 10,00 € auf 12,50 € pro laufendem Meter

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 16

Enthaltung 1 (1x AfD)

Antrag der Fraktionen CDU, FWG und der FDP vom 28.11.2024

Die Fraktionen CDU, FWG und der FDP stellen folgenden Antrag:

Der Hebesatz der Kreisumlage wird auf 33,0 % für das Haushaltsjahr 2025 festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17 (Einstimmig)

Antrag der Fraktion FWG vom 07.11.2024

Die Fraktion FWG stellt folgenden Antrag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2025 und die Entwürfe und Pläne für die Folgejahre werden barrierefrei gestaltet.

Der Antrag wurde durch die FWG geändert:

*„Der Haushaltsplan für das Jahr 2025 und die Entwürfe und Pläne für die Folgejahre werden mit angemessenem Aufwand möglichst **barrierearm** gestaltet.“*

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17 (Einstimmig)

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2025, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus der Sitzung ergeben, beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 14 (8x CDU, 2x SPD, 1x FWG, 1x FDP, 1x AfD, 1x Die Fraktion)

Nein 0

Enthaltung 2 (2x Grüne)

7.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und Anlagen	220/2024
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Funke stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als digitale Tischvorlage und als **Anlage 4** der Niederschrift beigelegt ist, die Haushaltsdaten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden dar. Außerdem liegen die Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2025, die Antragsliste der Fraktionen zum Haushalt 2025, die Liste der Einwendungen der Städte und Gemeinden sowie die Stellungnahme der Stadt Beckum sowie die E-Mail der Stadt Sassenberg zum Entwurf der Haushaltssatzung 2025 als Tischvorlage aus.

Beschlussvorschlag:

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen (**Anlage 2**) ergeben, werden beschlossen.
2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom **26.09.2024** sowie der Stellungnahme der Stadt Sassenberg vom **17.10.2024 (Anlage 3)** wird zur Kenntnis genommen, ebenso die Aussagen zur Finanzlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der tabellarischen Übersicht (**Anlage 4**) behandelt. Die Tabelle wird nachgesandt.
3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf 33,0 v. H., der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird auf 20,3 v. H. festgesetzt.
4. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2025 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

Der Beschlussvorschlag zu 2) wird wie folgt geändert:

*Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom **26.09.2024**, die **Stellungnahme der Stadt Beckum vom 09.10.2024 (Nachsendung)** sowie die Stellungnahme der Stadt Sassenberg vom **17.10.2024 (Anlage 3)** wird zur Kenntnis genommen, ebenso die Aussagen zur Finanzlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der tabellarischen Übersicht (**Anlage 4**) behandelt. Die Tabelle wird nachgesandt.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2023	218/2024
-----------	--	-----------------

Frau Kleier stellt die Änderungen des Beteiligungsberichtes des Jahres 2023 vor.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt den Beteiligungsbericht 2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17

9.	Änderung der Gesellschaftsverträge der WestfalenTarif GmbH und der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH	200/2024
----	---	-----------------

Herr Dr. Bleicher erläutert den Sachverhalt und erklärt, dass der Beschlussvorschlag ergänzt werden müsse.

Frau Kleene-Erke stellt daraufhin die Vorlage mit dem geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Kreises Warendorf stimmt den vorgeschlagenen Änderungen der Gesellschaftsverträge der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH und der WestfalenTarif GmbH entsprechend der Darstellung in den Anlagen 1 und 2 zu.
2. Die Vertreter des Kreises Warendorf in der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH werden angewiesen, dem Beschluss zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr Lippe GmbH sowie der Mandatierung zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen. Das Stimmrecht kann auch mit Hilfe einer Bevollmächtigung einer berechtigten Vertretung ausgeübt werden.

Der Beschlussvorschlag zu 2) wird wie folgt geändert:

*Die Vertreter des Kreises Warendorf in der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH **und der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)** werden angewiesen, dem Beschluss zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr Lippe GmbH sowie der Mandatierung zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen. Das Stimmrecht kann auch mit Hilfe einer Bevollmächtigung einer berechtigten Vertretung ausgeübt werden.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17

10.	Strukturelle Weiterentwicklung NWL - reduzierte Satzung	193/2024
------------	--	-----------------

Herr Dr. Bleicher stellt die geplante strukturelle Weiterentwicklung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) vor.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag nimmt den Sachstandsbericht mit der angepassten Vorgehensweise und Zeitplanung bis September 2025 zur strukturellen Weiterentwicklung des NWL zur Kenntnis (Anlage 1).
2. Der Kreistag stimmt der Satzungsänderung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe gem. Anlage 2 als ersten Schritt zur Weiterentwicklung der Strukturen des NWL zu.
3. Der Kreistag mandatiert seine entsandten Vertreter und Vertreterinnen in der Verbandsversammlung des Mitgliedszweckverbandes (ZVM) sowie des NWL, der Vorgehensweise (Anlage 1) sowie der Satzung des NWL (Anlage 2) zuzustimmen.
4. Der Kreistag entsendet die nachfolgenden VertreterInnen in die Steuerungsgruppe HVB (Hauptverwaltungsbeamte) und Facharbeitskreise zur inhaltlichen und aufgabenorientierten Ausgestaltung des NWL als Mobilitätsverbund sowie die Vorbereitung der Umsetzung der Strukturreform (Phase 2).

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Frau Kleene-Erke um 12:06 Uhr die Sitzung.

Andrea Kleene-Erke
Vorsitzende

Dr. Stefan Funke
Schriftführer